

LINKS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
202 · Ausgabe CH · Oktober 2022
AZB 3001 Bern



UNTERSCHRIFTENKARTE IM HEFT



Endlich Energiewende!

Wie wir mit der Klimafonds-Initiative das Klima schützen und die Versorgung sicherstellen. Ab Seite 4

KAUFKRAFT: JETZT KOMMEN VIELE UNTER DRUCK

Teuerung, Prämienschock, explodierende Energiepreise: Es braucht mehr Prämienvorbilligungen – und unsere Prämiens-Entlastungs-Initiative. Seite 7

ATOMMÜLL-ENDLAGER IN DER KRITIK

Wo die Tücken und Defizite beim Standortentscheid zum Atommüll-Endlager liegen. Seite 17

Liebe Leserin, lieber Leser,
alle dazwischen und darüber hinaus



«Meyer/Wermuth politisieren an der eigenen Basis vorbei.» So betitelte die SonntagsZeitung im Frühling einen Artikel, wonach die SP-Wähler:innen zur Rentenalter-Erhöpfung gleich reihenweise Ja stimmen würden. «Starke Frauen stimmen Ja», schrieb das gleiche Medienhaus kurz vor der Abstimmung in einem Kommentar.

Das Abstimmungsresultat vom 25. September zeigt ein anderes Bild: Eine deutliche Mehrheit der Frauen stimmte Nein. Ebenso eine geschlossene Linke. Und doch hat es leider nicht gereicht. Wir haben gekämpft. Wir haben knapp verloren.

Das schmerzt. Weil die Generation meiner Mutter endlich mehr Respekt verdient hätte. All diese Frauen haben ihr Leben lang gekrampft und so viel getan für die Gleichstellung. Nun müssen sie einen Rentenabbau hinnehmen.

Die erste frauenspezifische Vorlage nach dem Frauenstreik 2019 geht auf Kosten jener Frauen, die Kinder grossgezogen, Angehörige gepflegt und in schlecht bezahlten Jobs gearbeitet haben. Das ist nur schwer auszuhalten.

Wir haben aber auch die Versprechen der Bürgerlichen für mehr Gleichstellung und bessere Renten gehört – und wir werden sie daran messen: Höhere Renten erreichen wir mit der Initiative für eine 13. AHV-Rente. Und nun braucht es wirkliche Verbesserungen für Personen mit Teilzeitanstellungen und tiefen Löhnen. Das ist nur mit einem solidarisch finanzierten Rentenzuschlag zu garantieren, wie ihn der Bundesrat bei der Reform der Zweiten Säule vorschlägt.

Immerhin konnten wir am Sonntag gemeinsam mit der Stimmbevölkerung der bürgerlichen Steuerpolitik eine erneute Absage erteilen. Die Menschen glauben die Märchen nicht mehr, wonach von Steuergeschenken für Grosskonzerne und Gutbetuchte alle profitieren würden. Sie wissen, dass sie die Ausfälle berappen werden, und haben darum Nein gestimmt. Die Stimmberechtigten wollen eine Steuerpolitik, die die Bedürfnisse der Menschen ins Zentrum stellt und nicht die Profite von ein paar wenigen.

Mit solidarischen Grüßen, eure
Mattea Meyer, Co-Parteipräsidentin

INHALT

- 4 Endlich Energiewende!**
Warum es die Klimafonds-Initiative braucht
- 6 So stärken wir die Kaufkraft**
Von der Prämienverbilligung und der Prämien-Entlastungs-Initiative
- 8 Wählt Brasilien die Demokratie oder den Faschismus?**
Wie der Solifonds die benachteiligten Wähler:innen sensibilisiert
- 9–12 Berichte aus den Kantonen**
- 13 Agenda 2030: Business as usual auf Kosten der Welt**
Was zur Erreichung der Nachhaltigkeitsziele getan werden muss
- 15 Nachruf auf Margrith Bigler-Eggenberger**
Zum Tod der ersten Schweizer Bundesrichterin
- 16 Kochen fürs Klima: Kreativität schlägt Fleischersatz**
Ofengemüse mit selbstgemachten Chips – gewusst wie
- 17 Atommüll-Endlager in Stadel**
Was gegen den Endlagerentscheid spricht
- 18 5 Fragen an Neumitglied Norma Berchtold, Ried-Mörel (VS)**
- 19 Anlässe der SP Schweiz, der Anny-Klawa-Morf-Stiftung und von Movendo**



Gletscher-Initiative kurz vor dem Ziel

Der indirekte Gegenvorschlag zur Gletscherinitiative hat im Parlament alle Hürden genommen, und die Initiant:innen haben den Rückzug der Initiative in Aussicht gestellt. Der Vorschlag geht zwar weniger weit als die Initiative, doch ist es wichtig, dass die vorgesehenen Massnahmen möglichst rasch umgesetzt werden können. Wollen wir die Chance packen und das 1,5-Grad-Ziel des Pariser Abkommens ernsthaft weiterverfolgen, ist es allerhöchste Zeit.

Das Parlament hat im indirekten Gegenvorschlag konkrete Etappenziele für «netto null» bis 2050 festgelegt. So muss der Gebäudesektor die Emissionen bis 2040 gegenüber 1990 um 82 Prozent senken. Die Industrie muss bis 2040 eine Senkung um 50 Prozent hinbekommen und der Verkehr eine solche um 57 Prozent. 2050 dürfen Gebäude und Verkehr kein Treibhausgas mehr ausstossen. Dafür haben die Räte 3,2 Milliarden Franken für ein Impulsprogramm für den Ersatz fossiler Heizungen und Sanierungen bewilligt sowie für ein Förderprogramm zugunsten neuer Technologien.

Das letzte Wort dürfte das Volk haben. Die SVP hat das Referendum angekündigt – nicht zuletzt um damit ihre Polemik gegen Energieministerin Simonetta Sommaruga fortzusetzen. Die SP steht ein für den Gegenvorschlag und wird alle ihre Kraft dafür einsetzen.



Frauen haben nur halb so viel im Portemonnaie

Wie gross ist der Unterschied zwischen Mann und Frau am Ende des Monats im Portemonnaie? Grösser als erwartet. Das zeigt der erstmals erstellte «Gender Overall Earnings Gap», den der Bund aufgrund eines Postulats von SP-Nationalrätin Samira Marti erarbeitet hat. Unter Einbezug der Lohnungleichheit (19 Prozent) kommt der Bund auf einen Unterschied von über 43 Prozent! Ein Grossteil wird auf die weiter verbreitete Teilzeitarbeit von Frauen zurückgeführt. Doch Mann und Frau arbeiten nahezu gleich viele Stunden: Die Frauen wenden jedoch mehr Zeit für Haus-

und Familienarbeit auf (30 Std./Woche gegenüber 19 Std./Woche), während Männer im Durchschnitt mehr Zeit für bezahlte Erwerbsarbeit aufwenden (31 Std./Woche gegenüber 21 Std./Woche).

Diese Unterschiede schlagen sich auch bei den Renten nieder. Im Jahr 2020 betrug die durchschnittliche Rentenhöhe von Frauen 35 840 Franken, jene der Männer 54 764 Franken. Die durchschnittliche jährliche Rente der Frauen lag somit um 18 924 Franken tiefer als jene der Männer. Die nun erstmals erhobenen Kennzahlen werden in Zukunft regelmässig als Zeitreihendaten erhoben, berechnet und veröffentlicht.

Stop-F-35-Initiative zurückgezogen



STOPP F-35

Nachdem das Parlament den Verpflichtungskredit genehmigt und VBS-Chefin Viola Amherd unter Missachtung demokratischer Rechte die Kaufverträge für die 36 Tarnkappenbomber des Typs F-35 unterschrieben hat,

hat die Allianz aus SP, Grünen und GSoA ihre Volksinitiative zurückgezogen. Wir wollen nicht Hand für eine Abstimmung bieten, die nur noch eine Farce wäre. Wir halten jedoch daran fest, dass mit der Beschaffung der F-35-Kampffjets grosse politische und finanzielle Risiken eingegangen werden.

Gegen den Lehrer:innenmangel

Zu Beginn des Schuljahrs fehlten in vielen Schulzimmern erneut Lehrpersonen. Die SP-Delegation der nationalrätlichen Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK-N) erarbeitete darum einen Massnahmenplan. Für die SP ist klar: Attraktive Arbeitsbedingungen für Lehrpersonen sind der Schlüssel, um dem Lehrkräftemangel beizukommen und die Schulqualität sicherzustellen. Unter anderem schlagen die SP-Bildungspolitiker:innen darum vor, die Klassengrössen zu reduzieren und die Schulsozialarbeit auszubauen. Die Löhne sind ein wesentlicher Faktor, wenn es um die Anerkennung der Arbeit der Lehrer:innen geht. Weiter fordern die SP-Bildungspolitiker:innen einen Ausbau der familienergänzenden Kinderbetreuung. Nur so ist die Vereinbarkeit von Beruf und Familie auch für Lehrpersonen gegeben, nur so können diese auch mehr arbeiten. Hier kann die Kita-Initiative einen Beitrag leisten. Die WBK-N entscheidet im November über das Papier.



→ **Zum Positionspapier**

Parteitag: Letzte Anmeldungen!

Die Anmeldefrist für Delegierte für den Parteitag vom 29./30. Oktober wurde bis Ende September verlängert. Melde dich unbedingt noch heute an. Das Programm wird interessant: Wir diskutieren die Ausrichtung der Europapolitik der kommenden Jahre und sind gespannt auf den Auftakt zu den Wahlen 2023. Lass dich überraschen!

Investieren wir endlich in Energiewende

Anfang September haben wir zusammen mit den Grünen die Klimafonds-Initiative lanciert. Sie ist unsere Antwort auf die doppelte Krise, in der wir uns befinden: die Krise der fossilen Energieversorgung und die Krise der globalen Erwärmung. Jährlich sollen darum 0,5 bis 1 Prozent des Bruttoinlandprodukts in die soziale Energiewende investiert werden.

Wir wollen den Klimaschutz stärken. Damit wir einen Grossteil unserer Energie selbst erzeugen können, muss die öffentliche Hand massiv investieren, und zwar jetzt. Unsere Vorgänger:innen haben die AHV geschaffen, die ETH gegründet und die Neue Eisenbahn-Alpentransversale (NEAT) gebaut. Und wir? Wir werden die Schweiz klimaneutral machen! Mithilfe des Klimafonds werden wir alle unsere Gebäude isolieren, fossilfreie Heizungen und



Roger Nordmann, Fraktionschef und Nationalrat VD

Wärmepumpen installieren sowie eine Offensive für die Installation von Solaranlagen starten. Mit der Initiative investieren wir in mehr nachhaltige und gute Arbeitsplätze. Gleichzeitig stellen wir mit dem Fonds Umschulungen sicher, damit wir die benötigten Fachkräfte für den Jahrhundertumbau haben.

Die Ursache der beiden Krisen, die wir erleben, ist dieselbe: unser enormer Verbrauch an fossilen Energieträgern. 80 Prozent der

Treibhausgasemissionen entfallen auf Gas und Erdöl, die häufig aus Diktaturen stammen, immer teurer werden und zunehmend schwierig zu importieren sind. Sowohl für das Klima als auch für eine bessere Versorgungssicherheit im Energiesektor müssen wir dringend von fossilen Energieträgern wegkommen. Dazu sind massive Investitionen notwendig, nicht nur in die Steigerung der Effizienz, sondern auch in die Nutzung von erneuerbarer Wärme sowie in die erneuerbare Stromerzeugung.

Marktversagen

Die doppelte Krise, in der wir uns befinden, ist die Folge von chronischen Unterinvestitionen in die Energie-



die gerechte

**Jetzt unterschreiben!
Karte in der Heftmitte**

effizienz und in die erneuerbare Stromerzeugung. Wir müssen der Realität ins Auge sehen: Der liberalisierte Strommarkt hat versagt. Er war und ist nicht in der Lage, Investitionen auszulösen. Und die Politik war bislang viel zu zaghaft, um dieses Defizit auszugleichen.

Die Investitionen für den Wiederaufbau unseres Energiesystems sind riesig. Darüber hinaus müssen wir auch Lösungen finden für die rund 20 Prozent nicht energiebedingten Treibhausgasemissionen, die vor allem in der Landwirtschaft sowie in der Zementproduktion anfallen.

Gerechte Energiewende

Die Energiewende darf kein Strohhalm sein. Wir müssen unsere Anstrengungen über längere Zeit aufrechterhalten können. Darum ist es wichtig, zur Finanzierung einen solide geäufteten und vom laufenden Finanzhaushalt abgetrennten Fonds zu schaffen. Dieser muss in der Bun-

desverfassung verankert sein, was die Lancierung einer Volksinitiative rechtfertigt.

Für die SP Schweiz ist die Frage der Gerechtigkeit bei der Energiewende zentral. Ohne den Rückhalt der Bevölkerung wird der Prozess ins Stocken geraten. Unsere Initiative garantiert eine gerechte Finanzierung der Anstrengungen und ein Investitionsniveau, das der historischen Herausforderung gerecht wird.

Mehr Informationen:

→ klimafonds.spschweiz.ch

Hier kannst du online unterschreiben



Das neue Megafon der SP Schweiz: «direkt»

Die SP Schweiz lanciert als neuen Kommunikationskanal für Mitglieder und die breite Öffentlichkeit die Website «direkt». Diese informiert über aktuelle und relevante Themen aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, stets aus einer sozialdemokratischen Perspektive.



DIREKT
sagen, was ist

Lena Allenspach,
Redaktionsleiterin «direkt»

Du fragst dich, was die explodierenden Preise für die Bevölkerung bedeuten und welche Entlastungsmassnahmen möglich wären? Oder vielleicht auch, welche gleichstellungspolitischen Entwicklungen ausserhalb der Schweiz Form annehmen? Wir schreiben darüber. Die SP Schweiz erweitert die Palette an Kommunikationskanälen und hat dafür die Website «direkt» lanciert. Auf «direkt» greifen wir laufend relevante Themen aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft auf und beleuchten sie aus sozialdemokratischer Perspektive.

Noch ein Kanal? Oh ja!

Bereits heute nutzt die SP Schweiz verschiedene Kanäle, um mit Mitgliedern und Interessierten zu kommunizieren. Als Partei verfügen wir über viel Grundlagenwissen und zahlreiche Botschaften – und dafür brauchen wir ein Megafon. Mit «direkt» wollen wir unsere Online-Kanäle nochmals deutlich erweitern und die Schweizer Politik einem breiten Publikum verständlich machen.

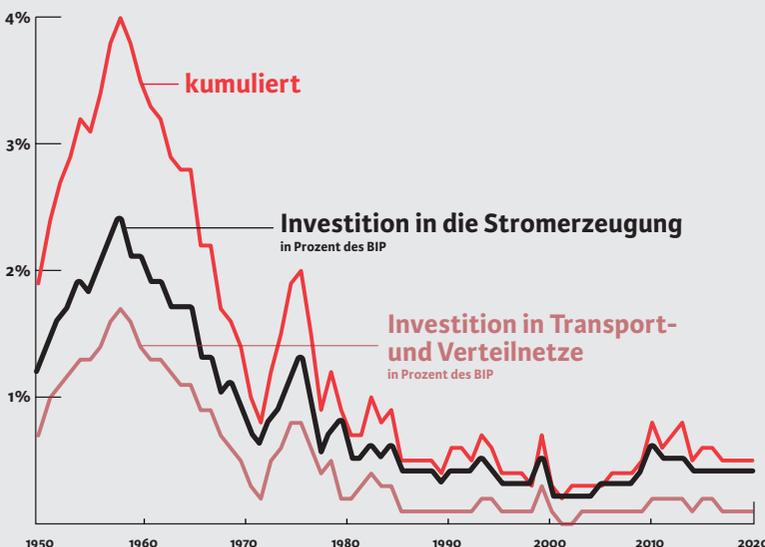
Die Leser:innen können sich auch für einen Newsletter anmelden, der wöchentlich die wichtigsten Themen aufgreift. Wir freuen uns zudem bereits darauf, «direkt» ab 2023 auch auf Französisch anbieten zu können. Diese Website soll auch spezifische Beiträge für die Suisse romande beinhalten. Viel Vergnügen beim Lesen.

→ www.direkt-magazin.ch



Investitionen in den Stromsektor sinken seit den 1950er-Jahren

Investitionen in Prozent des BIP



Quelle: Bundesamt für Energie BFE, Schweizerische Elektrizitätsstatistik 2021

Methodenwechsel 1980: Kumuliert 0,9 % gemäss alter Methode, 0,7 % gemäss neuer.

Auf dieser Wiese oberhalb von Gondo könnte die Solaranlage gebaut werden. Im Bild v. l. n. r. die Urek-N-Mitglieder: Ursula Schneider Schüttel, Gabriela Suter, Roger Nordmann und Martina Munz. Im Hintergrund: Renato Jordan, Initiant von Gondosolar.



Mit Aussicht auf Solaranlagen

Strom versus Naturschutz: Die Debatten in den Räten in der Herbstsession sind geprägt von der drohenden Energiemangellage. Nun machen National- und Ständerat vorwärts mit der Energiewende und diskutieren dabei auch Solaranlagen in den Alpen. Pia Wildberger

Plötzlich kann es schnell gehen: Der Ständerat peitschte vergangene Woche einen Vorschlag durch den Rat, der grosse Photovoltaik-Anlagen in den Alpen ermöglicht. Unter dem Druck von Strommangellage und drohenden Teilabschaltungen im Winter wurden die Voraussetzungen geschaffen, dass die Walliser Projekte in Gondo und

Grengiols rasch umgesetzt werden könnten. Die Pflicht zum Planungsverfahren und zur Umweltverträglichkeitsprüfung wurden für Photovoltaikanlagen in den Alpen aufgehoben und der Landschafts- und Naturschutz ausgehebelt. Diese Erleichterungen sollen so lange gelten, bis das Zubauziel von zwei Terawattstunden Strom erreicht ist.

Was im Ständerat ebenfalls plötzlich in Reichweite scheint: Alle neuen Gebäude müssen mit einer Photovoltaik-Anlage versehen werden.

In der Grössenordnung von Grande Dixence
Das Thema Solar-Anlagen in den Alpen ist nicht neu, bloss das Tempo. Die SP-Mitglieder der nationalrätlichen Kommission für Raumplanung und Energie (UREK) trafen sich Mitte August zur Wanderung im Wallis. Gemeinsam wollten sie oberhalb von Gondo das Projekt Gondosolar in Augenschein nehmen. Dieses Solarprojekt über der Nebeldecke ist schweizweit am weitesten fortgeschritten. Mit Gondosolar liessen sich jährlich 23 Gigawattstunden erzeugen, in Grengiols sind es sogar 2000 Gigawattstunden Strom (2 Terawatt). Das reicht für 400 000 Haushaltungen und entspricht der Leistung des Grande-Dixence-Stausees (VS).

Ob der Nationalrat dem Ständerat folgt? Ob die Rechten wirklich mitmachen? B Bei Redaktionsschluss standen die Debatte im Nationalrat sowie die Schlussabstimmung noch aus. Affaire à suivre.

WER HAT'S ERFUNDEN?

Mitte August gab der Bundesrat grünes Licht für den Bau von Solaranlagen auf Lärmschutzwänden und Rastplätzen entlang der Nationalstrassen. Der Bund stellt die Flächen kostenlos zur Verfügung. Diese Solar-Initiative geht zurück auf eine Motion der UREK-N, an der die beiden SP-Nationalrätinnen Gabriela Suter und Martina Munz beteiligt waren. Doch der eigentliche Urheber der Idee ist der Tessiner SP-Nationalrat Bruno Storni, der bereits 2020 den Bundesrat in einem Postulat beauftragte, das Potenzial von Solarflächen entlang der Nationalstrassen auszuloten. In seiner Antwort bezifferte der Bundesrat das Potenzial dieser Flächen auf 55 Gigawattstunden Strom. Die Gesetzesänderung tritt am 1. Oktober 2022 in Kraft.

KOMMENTAR

Photovoltaik hat ein enormes Ausbaupotenzial



Mattea Meyer,
Nationalrätin ZH,
Co-Präsidentin
SP Schweiz

Die drohende Energiemangellage zeigt: Wir müssen so schnell wie möglich von den fossilen Energien wegkommen und die inländische, erneuerbare Stromproduktion ausbauen. Möglichst alle versiegelten Flächen, Dächer und Fassaden müssen für die Photovoltaik genutzt

werden, denn diese hat ein enormes Ausbaupotenzial. Eine Solarpflicht für Neubauten ist zwingend notwendig.

Daneben können auch hochalpine Solarkraftwerke ihren Beitrag leisten. Photovoltaik-Anlagen in höheren Lagen haben gegenüber Anlagen im Mittelland zahlreiche Vorteile. Die tieferen Temperaturen erhöhen den Wirkungsgrad der Solarzellen, die dünnere Atmosphäre und klareres Wetter lassen mehr Sonnenlicht durch, und schliesslich erhöht die Reflexion auf dem Schnee die indirekte Sonneneinstrahlung und erlaubt die Verwendung von doppelseitigen Modulen. Böden müssen nicht versiegelt werden, da die Solarpanels in den Alpen senkrecht aufgestellt werden, um auch bei Schneefall einen hohen Ertrag zu generieren.

Hochalpine Solaranlagen liefern 55 Prozent ihres Ertrags im Winter. Das belässt mehr Wasser in den Stauseen und stärkt damit die Versorgungssicherheit. Solche Solaranlagen können sehr rasch erstellt werden. Für die beiden bekannten Projekte oberhalb von Gondo und Grengiols im Wallis stehen Investor:innen bereits in den Startlöchern. Hinzu kommt, dass Photovoltaikanlagen auch im Betrieb nahezu CO₂-neutral sind. Die Biodiversität wird durch Solarpanels nicht beeinträchtigt. Studien zeigen, dass die Artenvielfalt gegenüber einer Weidenutzung sogar zunimmt.

Für die SP ist klar: Wir müssen bei den geplanten Solarkraftwerken in den Alpen Kompromisse beim Landschaftsschutz eingehen, zumal die Anlagen vollständig rückbaubar sind. Selbstverständlich braucht es weiterhin eine Planungs- und Umweltverträglichkeitsprüfung. Auch dürfen die Anlagen keinesfalls in Biotopen oder Landschaften von nationaler Bedeutung gebaut werden. Sie sollen möglichst an bereits erschlossenen Orten zu stehen kommen.

Höhere Prämienverbilligungen



Flavia
Wasserfallen,
Nationalrätin BE

Die Schweiz ist Spitzenreiterin. Wir haben eines der besten Gesundheitssysteme der Welt, gleichzeitig aber auch eines der teuersten. Der Markt umfasst 83 Milliarden Franken, was rund 12 Prozent des Bruttoinlandproduktes entspricht.

Ein gutes Gesundheitssystem darf teuer sein. Jedoch sind die Kosten für viele Haushaltungen kaum noch tragbar. In keinem OECD-Land liegen die so genannten «out-of-pocket»-Zahlungen höher. Darunter versteht man selbst bezahlte Medikamente, die Kostenbeteiligung via Krankenkasse sowie Zahnbehandlungen. Diese belasten die Schweizer Haushalte ausserordentlich stark. Die beschämende Konsequenz: Elf Prozent der Bevölkerung verzichten auf einen Arztbesuch, obwohl dieser medizinisch angezeigt wäre. Dies hat das Schweizerische Gesundheitsobservatorium berechnet.

Unsoziale Kopfprämie

Hinzu kommt, was die SP seit jeher kritisiert: die unsoziale Kopfprämie. Ein Milliardär bezahlt gleich viel für die obligatorische Krankenpflegeversicherung wie die Coiffeuse. Die Politik war sich dieses Problems bewusst, als die Versicherung vor über 25 Jahren eingeführt wurde. Darum wurde die individuelle Prämienverbilligung durch Bund und Kantone geschaffen. Sie sollte tiefere Einkommen gezielt entlasten. Das Sozialziel des Bundesrats lautete: Kein Haushalt soll mehr als acht Prozent seines verfügbaren Einkommens für Krankenkassenprämien aufwenden.

Die Realität überholte die Prognosen jedoch rasch, und die Gesundheitskosten steigen stetig. Die Prämien nahmen um über 140 Prozent zu, die Löhne jedoch nur um 15 Prozent und die Prämienverbilligung um 42 Prozent. Mit anderen Worten: Die finanzielle Mehrbelas-

tung der Haushalte ist massiv, der Kaufkraftverlust gross.

Im Durchschnitt 15 Prozent des Einkommens für die Krankenkasse

Trotz Prämienverbilligungen bleibt die Prämienbelastung für gewisse Haushalte sehr hoch: Bis zu 19 Prozent des Einkommens müssen Haushalte mit «Standardprämie» und einem Selbstbehalt von 300 Franken für die Krankenkasse hinblättern. Im gewichteten Durchschnitt sind es 15 Prozent des Haushaltsbudgets, die für die Krankenkassenprämien aufgewendet werden müssen. Mit der aktuellen Teuerung von über 3,5 Prozent sowie mit dem sich abzeichnenden massiven Prämienanstieg wird sich diese Situation weiter verschärfen.

Um rasch eine Entlastung der Bevölkerung zu erreichen, hat die SP zusammen mit der Mitte ein Kaufkraft-Paket geschmürt. Der Bund soll seinen Beitrag an die Prämienverbilligungen für 2023 vorübergehend um 30 Prozent erhöhen, sofern die Kantone ihre Beiträge beibehalten. So will es der Nationalrat. Die Debatte wird auch noch im Ständerat geführt werden. Bei Redaktionsschluss stand das Schlussergebnis noch nicht fest.

Eine einmalige Erhöhung der Prämienverbilligung reicht mittelfristig nicht. Die Prämien-Entlastungs-Initiative der SP geht weiter und setzt ebenfalls bei der Belastung der Haushalte an. Kantone und Bund sollen die Prämienverbilligungen so ausrichten, dass kein Haushalt mehr als zehn Prozent seines verfügbaren Einkommens für die Krankenkassenprämien aufwenden muss. Bundesrat und Parlament haben das Problem nun endlich erkannt und bieten Hand für einen substanziellen Gegenvorschlag.

Das sollten sie auch. Denn gemäss einer repräsentativen Umfrage wird die SP-Prämien-Entlastungs-Initiative parteiübergreifend von 71 Prozent der Befragten unterstützt. Wir werden unsere Politik für eine grosse Mehrheit der Bevölkerung fortführen, sei es im Parlament oder an der Urne.



Mit solidarischen Küchen gegen Hunger und Faschismus

Ist die Demokratie mächtiger als der Faschismus? Siegt die soziale Gerechtigkeit über den Hunger? Diese Fragen lassen sich in Brasilien nach den Wahlen vom 2. Oktober beantworten, wenn der Wahlsieger feststeht: der ehemalige Präsident Lula Inácio da Silva (Arbeiterpartei) oder der rechtsextreme Amtsinhaber Jair Bolsonaro (Liberaler Partei). Yvonne Zimmermann, Solifonds

In Brasilien hatten und haben die Pandemie sowie die katastrophale Regierungspolitik unter Präsident Jair Bolsonaro verheerende Auswirkungen. Die Zahl der Menschen, die an Covid-19 starben, lag vier Mal höher als der weltweite Durchschnitt. Zahllose Menschen verloren von einem Tag auf den anderen ihr Auskommen.

2021 hatten 43 Millionen Menschen im Land nicht genug zu essen, und für sechs von zehn Brasilianer:innen – das sind 119 Millionen Menschen! – war die Ernährung nicht gesichert. Der Hunger, den die Welternährungsorganisation noch 2014 in Brasilien für beseitigt erklärt hatte, ist mit voller Wucht zurückgekehrt. «Brasilien hat unter der Covid-19-Pandemie gelitten, geblieben ist der Hunger», schreibt die Obdachlosenbewegung MTST (Movimento dos Trabalhadores Sem Teto), eine der grössten sozialen Bewegungen Brasiliens, die in den Armenvierteln verankert ist.

Die Obdachlosenbewegung leistet in dieser Situation wichtige Solidaritätsarbeit: Um den Hunger

Hier geht's zum Wahlaufuf von Nationalrat Fabian Molina an die Adresse der brasilianischen Stimmbürger:innen in der Schweiz



zu bekämpfen, richtete sie in zwölf Bundesstaaten in den Armenvierteln insgesamt 32 sogenannte «solidarische Küchen» ein. Hier erhalten Bedürftige Lebensmittel oder Gerichte. Täglich werden 4300 Personen verköstigt, bisher wurden 680 000 Mahlzeiten verteilt.

Politische Bildung als Ziel

Die solidarischen Küchen dienen in erster Linie der Bekämpfung des Hungers, aber auch der Organisation und der Bildung: Die Besucher:innen werden über ihre Rechte und über die Produktion von Nahrungsmitteln informiert: Bio statt Pestizide, so lautet das Motto. Dabei arbeitet die Obdachlosenbewegung eng mit der Kleinbäuer:innen-Bewegung zusammen und bezieht von diesen auch die Nahrungsmittel.

Wenn immer möglich, wird Gemüse in Gemeinschaftsgärten angebaut, die Besucher:innen werden so an der Nahrungsmittelproduktion beteiligt. Zudem hat die Bewegung mit den solidarischen Küchen 50 Arbeitsplätze geschaffen. Ebenso wichtig ist jedoch die politische

Basisarbeit. Die Besucher:innen der solidarischen Küchen werden auch über die politische Situation im Land aufgeklärt. Die Küchen sind so Teil der Basisarbeit, um den Widerstand gegen die faschistische Politik Bolsonaros zu stärken und Alternativen aufzubauen. Hoffen wir, dass diese Arbeit am 2. Oktober an den Urnen Früchte trägt.

SOLIFONDS UNTERSTÜTZT SOLIDARISCHE KÜCHEN

In der aktuellen Wirtschaftslage ist es für die Obdachlosenbewegung schwierig, in Brasilien selbst ausreichend finanzielle Mittel zu beschaffen. Damit der Betrieb der solidarischen Küchen in den nächsten Monaten sichergestellt ist, springt der Solifonds in die Lücke. Der Solifonds wird von der SP Schweiz und vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund getragen.

Mehr zum Projekt und Spendemöglichkeiten findest du hier: www.solifonds.ch





SP queer Luzern gegründet

Am 1. September 2022 wurde im «Parterre» in Luzern die SP queer Luzern gegründet. «Links.lu» sprach mit dem Co-Präsidium Moni Pachera (Beromünster, 42) und Matteo Annoscia (Luzern, 26). Interview: Sebastian Dissler



Moni Pachera



Matteo Annoscia

Liebe Moni, lieber Matteo, könnt ihr euch persönlich kurz vorstellen?

Moni: Ich habe vor einem Jahr die SP Michelsamt gegründet, um etwas mehr Farbe ins Michelsamt zu bringen. Selbst bin ich schon seit meiner Jugend politisch aktiv und queere feministische Aktivistin unter anderem im Lilaphone Luzern, in der Mona Lila, der Pride05 und der lesbischwulen Konferenz Zentralschweiz.

Matteo: Die Ehe für alle war für mich der Start als queere feministischer Aktivist. Ich habe die Abstimmungskampagne in der Zentralschweiz geleitet und bin dann durch die super Unterstützung der Jusos Luzern in die Politik gekommen. Ich arbeite als Sozialversicherungsberater bei Procap und mache nebenbei noch eine Weiterbildung in diesem Bereich.

Um was geht es bei der SP queer? Zuerst, was meint eigentlich der Begriff «queer»?

Moni: queer versteht sich als Adjektiv und beschreibt Menschen, die sich nicht, wie es in den Medien und der Gesellschaft oft geschieht, als normativ identifizieren. Es sind dies Menschen, die sich als queere feministische Kampflesben, Tunten, Schwule, Bisexuelle, non-binäre Personen, trans Menschen, warme Geschwister, Falschsexuelle, agender, fluide, asexuell und alles ausserhalb oder dazwischen identifizieren.

Habt ihr schon erste Projekte, die ihr anpacken möchtet?

Matteo: Wir kämpfen mittels Aktionen, Kampagnen auf den Strassen und in den Parlamenten, in der Schweiz und international, für eine queere feministische Welt, die keine Diskriminierungsstrukturen mehr kennt und in welcher jede Person, ungeachtet ihrer romantischen Anziehungen, ihrer Sexualität, ihres Geschlechts, ihrer Hautfarbe, ihres Körpers und ihrer Klasse ein schönes Leben führen kann. Noch befinden wir uns in der Koordinierung von Vorgehensweisen und Strukturen. Als meist in mehrerlei Hinsicht diskriminierten Menschen ist es uns sehr wichtig, dass sich die Menschen in der SP queer wohl und gehört fühlen und dass wir die Diversität auch möglichst hoch gewichten und sicherstellen. Dies an sich ist schon eine besondere Herausforderung.

Moni: Als Erstes werden wir uns dem Gleichstellungsbericht Kanton Luzern widmen, diesen mit unserer «pinken» Brille anschauen und auf unsere Anliegen prüfen, um gegebenenfalls Handlungsfelder aufzuzeigen.

Ich danke euch im Namen der ganzen Partei für euer Engagement, wir freuen uns sehr!

Energiekrise in der Region Basel



Am 7. September 2022 titelte die Basellandschaftliche Zeitung: «Die Zeitenwende erreicht die Schweiz». Tatsächlich befinden wir uns in einer Energiekrise, wie wir sie seit dem Ölembargo im Zusammenhang mit dem Nahostkrieg in den 70er-Jahren des letzten Jahrhunderts nicht mehr erlebt haben.

Unzuverlässige Atomkraft als Auslöser der Krise

Ursprünglicher Auslöser der aktuellen Energiekrise ist der massive Ausfall dutzender französischer Atomkraftwerke im Verlaufe des Jahres 2021. Dies führte zu einer Verknappung und Verteuerung des Stroms in Europa. Da der Ausfall der französischen AKW zu einem grossen Teil mit Gaskraftwerken kompensiert wurde, führte dies indirekt auch zu einer Verknappung und Verteuerung des Erdgases. Die Probleme der französischen Atomkraft verschärften sich 2022 sogar noch weiter. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine ab Februar führte auf der Angebotsseite zusätzlich zu einer Verknappung des Erdgases und wirkte auf die Energiepreise wie ein Booster. Für die Schweiz führt das fehlende Stromabkommen mit der EU zu weiteren Unsicherheiten in Bezug auf die zukünftigen Stromlieferungen aus Europa.



Daniel Sägesser, Grossrat BS



Thomas Noack, Landrat BL

Absurde Schuldumkehr der SVP

Vor allem die SVP versucht aus der Situation politisches Kapital zu schlagen. Die dreiste Behauptung, die Energiestrategie 2050 sei schuld an der jetzigen Situation, ist eine absurde Schuldumkehr. Jede einzelne durch die Energiestrategie ausgelöste Massnahme hat die jetzige Situation entschärft. Ferner hat die 2017 verabschiedete Energiestrategie bisher alle Zwischenziele erreicht bzw. übertroffen. Will man die Energiestrategie kritisieren, muss man konsequenterweise bemängeln, dass sie zu wenig ambitioniert war und wir deshalb heute noch zu stark von der Atomkraft und fossilen Energieträgern abhängig sind. Ambitioniertere Ziele und Massnahmen waren jedoch nicht mehrheitsfähig, aufgrund des bürgerlichen Widerstandes, allen voran der SVP.

Eine nachhaltige Energieversorgung zahlt sich aus

Dass sich ein hoher Anteil einheimischer erneuerbarer Energien aus-

zahlt, zeigt auch der Blick auf die kürzlich publizierten Strompreise der regionalen Anbieter. Primeo Energie, die 70–80% des Stroms der Grundversorgung auf dem internationalen Strommarkt einkauft, muss die Strompreise für das Jahr 2023 um 50% erhöhen. Die IWB hingegen produziert den Grossteil ihres Grundversorgungs-Stroms aus erneuerbaren Quellen mit eigenen Kraftwerken in der Schweiz, deshalb ist ihre Preiserhöhung per 2023 vergleichsweise gering. Ab 2023 ist bei der IWB der Strom (unter Berücksichtigung der Rückverteilung der Basler Lenkungsabgabe) für Haushalte erstmals seit vielen Jahren sogar deutlich günstiger als bei Primeo Energie.

Unser Fazit

Die SP fordert seit Jahren Energieeffizienz, Dekarbonisierung von Verkehr und Wärmeversorgung sowie den massiven Ausbau der erneuerbaren Energien, insbesondere Photovoltaik und Windkraft. Das war bisher die richtige Strategie und ist auch für die nächsten Jahre der richtige Ansatz. Weiter müssen wir schnellstmöglich aus der gefährlichen und unzuverlässigen Atomkraft aussteigen, und die Schweiz braucht endlich ein Stromabkommen mit der EU.

Schweizer Pass
 Passeport suisse
 Passaporto svizzero
 Passaport svizzer
 Swiss passport



EINBÜRGERUNGSKAMPAGNE DER SP MIGRANT:INNEN BERN

Den Start in den Gemeinden erleichtern

Im Kanton Bern leben laut Bundesamt für Statistik rund 100 000 Personen ohne Schweizer Pass, die alle Einbürgerungsvoraussetzungen erfüllen. Sie stellen aber kein Gesuch, weil das Verfahren teuer, mühsam, unberechenbar, intransparent und oft auch erniedrigend ist. Die SP Migrant:innen ruft die lokalen SP-Sektionen dazu auf mitzuhelfen, das zu ändern.

Über 57 Prozent der 173 000 Personen ohne Schweizer Pass mit Wohnsitz im Kanton Bern erfüllen die Wohnsitzerfordernisse des Bundes für die Einbürgerung. Von diesen bürgert der Kanton Bern jährlich aber nur rund 2200 tatsächlich ein – 2,2 Prozent jener, die die Voraussetzungen erfüllen, also nur eine Person von 45 Berechtigten.

Mehr als die Hälfte von ihnen kam bereits in der Schweiz zur Welt und hat dennoch kein Recht, abzustimmen und zu wählen – ein demokratiepolitischer Skandal. Zudem können sie aufgrund neuer Vorschriften im Bereich von Sprachkenntnissen, Sozialhilfebezug usw. das Aufenthaltsrecht verlieren!

Das Einbürgerungsverfahren muss in der Wohngemeinde eingeleitet werden. Diese hat einen enormen Spielraum. Biel bürgert jedes Jahr 2,70 Prozent der ausländischen Wohnbevölkerung ein, Langenthal nur 0,59 Prozent, also fünf Mal weniger. Das rot-grün regierte Bern belegt mit 1,17 Prozent keinen vorderen Platz. Besser ist Muri bei Bern (2,29 Prozent), weit hinten liegen auch Burgdorf (0,74 Prozent) und Lyss (0,82 Prozent).

Woher diese grossen Unterschiede kommen, lässt sich nicht sagen. Klar ist allein, dass die Gemeinden machen, was ihnen

passt. Weil die Antragstellenden von vornherein in der schwächeren Position sind, zögern sie, sich dazu öffentlich zu äussern. Deshalb dringt über die teilweise haarsträubenden Einbürgerungsverfahren so wenig an die Öffentlichkeit – ein Teufelskreis.

Die SP Migrant:innen Bern möchte das ändern. Sie hat eine Kampagne lanciert, mit der sie zur Einbürgerung aufruft. Wer die Bedingungen erfüllt, soll sich einbürgern lassen! Die lokalen SP-Sektionen sind dazu aufgerufen, darüber mit der SP Migrant:innen in einen Dialog zu treten und in ihrer Gemeinde konkret folgende drei Massnahmen zu ergreifen, um die Einbürgerungen zu fördern und einbürgerungswillige Menschen erfolgreich zu unterstützen:

- Information der Gemeinde: Fordern, dass auf der Website der politischen Gemeinde gut verständlich über die Einbürgerung – Bedingungen, Verfahren, Kosten, Ansprechperson – usw. informiert wird. Zudem soll die Gemeinde von sich aus all jene in einem Brief informieren, die die Einbürgerungsbedingungen erfüllen, und sie dazu einladen, ein Gesuch einzureichen.
- Oft schrecken die Gebühren für die Einbürgerung ab: Fordern, dass die Gemeinde

ihr Einbürgerungsreglement so ändert, dass allen unter 25-Jährigen die Gebühren ganz erlassen werden. Betroffene darüber informieren, dass nach Artikel 13 der Gebührenverordnung des Kantons Bern auf Gesuch hin im Einzelfall von der Gebührenerhebung ganz oder teilweise abgesehen werden kann, wenn die Gebührenpflichtigen nachweisen können, dass sie bedürftig sind.

■ Persönliche Begleitung: Die persönliche Begleitung und Unterstützung der betreffenden Personen, vor allem während des Einbürgerungsverfahrens, ist wesentlich. Jede SP-Sektion soll eine Person ernennen, die als Ansprechperson für Einbürgerungsfragen zur Verfügung steht, und diesen Kontakt in der Gemeinde aktiv kommunizieren (bitte auch die SP Migrant:innen Bern darüber informieren: migrantinnen@spbe.ch).

Für den Vorstand: Sara Boccafogli, Leyla Güzel, Shasime Osmani, Steffen Rottler, Jakub Walczak

«Zudem soll die Gemeinde von sich aus dazu einladen, ein Gesuch einzureichen.»

Nein zu neuen Steuerprivilegien für 331 Multimillionär:innen!

Die Baselbieter Steuerpolitik folgte in den letzten Jahren vor allem einem Motto: Wer hat, dem wird gegeben. Superreiche und Unternehmen haben seit der Jahrtausendwende jährliche Steuergeschenke im Wert von über 200 Millionen Franken erhalten. Für alle anderen gab es Abbau bei der Bildung, Mehrkosten für den öffentlichen Verkehr und den Gesundheitsbereich.

Diesen September hat die rechte Landratsmehrheit noch einen draufgesetzt: Die Vermögenssteuern für die Reichsten sollen gesenkt werden. Jene, welche in den letzten 20 Jahren immer wieder von neuen Steuerprivilegien profitiert haben, sollen ein weiteres Multi-Millionen-Steuergeschenk erhalten.

Die SP-Fraktion hat diese ungerechte und verantwortungslose Steuersenkung im Landrat entschieden bekämpft. Dabei ist der Bedarf nach einer Reform der Vermögensbesteuerung grundsätzlich unbestritten: Der Kanton Baselland bewertet Vermögenswerte wie Immobilien und Wertschriften heute strukturell zu tief. Dies hat zur Folge, dass Vermögen heute weit tiefer besteuert werden, als es aufgrund der Steuersätze den Anschein macht. Dieser Missstand gehört korrigiert. Die SP hat dabei Hand geboten für einen Kompromiss ohne Steuergeschenke oder Steuerausfälle, doch davon wollte die rechte Mehrheit nichts wissen.

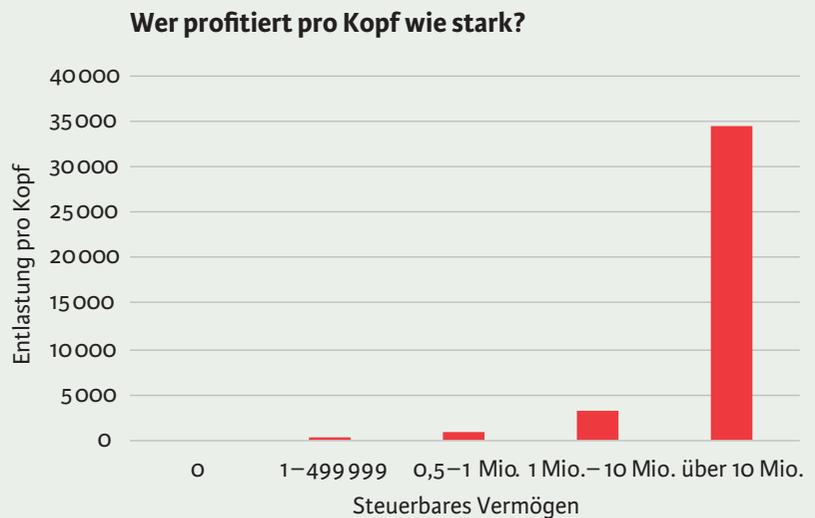
Je reicher, desto grösser das Steuergeschenk

Das Resultat ist die vorliegende Vermögenssteuerreform, welche jährliche Steuerausfälle von rund 42 Millionen Franken verursacht. Rund 90% des Geldes landet in den Taschen der reichsten 10%. Besonders stark profitieren dabei die 331 reichsten Menschen im Kanton, welche ein jährliches Steuergeschenk von 34500 Franken pro Kopf erhalten sollen. Gleichzeitig gehen 125000 Baselbieter:innen leer aus und werden mit keinem Franken entlastet.

Für die SP ist klar: Die Reform kommt den Falschen zugute und verhindert öffentliche Investitionen, welche heute dringlicher sind denn



Ronja Jansen, Landrätin



je. Während das reichste Hundertstel inzwischen fast die Hälfte der Gesamtvermögen im Baselbiet besitzt, lastet der Druck auf Menschen mit tiefen und mittleren Einkommen immer schwerer. Die Krankenkassenprämien und die Mieten steigen seit Jahren ungebremst an. Seit Ausbruch des Krieges in der Ukraine hat sich die Situation zusätzlich verschärft: Die Teuerung, die steigenden Strompreise und die zunehmenden Heizkosten drohen die Kaufkraft der normalverdienenden Bevölkerung empfindlich zu schwächen und unzählige Menschen in die Armut zu drängen. So kann es nicht weitergehen. Gerade in diesen Zeiten wäre eine Entlastung der tiefen und mittleren Einkommen überfällig.

Doch mit der Vermögenssteuer-Vorlage soll nun das Gegenteil geschehen. Die Reichsten profitieren von Steuergeschenken, während die normalverdienende Bevölkerung die

Kosten trägt, indem wichtige Investitionen in bezahlbare Kinderbetreuung, Prämienverbilligungen oder den Ausbau von erneuerbaren Energieträgern einmal mehr auf die lange Bank geschoben werden.

Mit dem Volk gegen neue Steuerprivilegien

Gegen diese Politik auf dem Buckel der Menschen mit tiefem und mittlerem Einkommen werden wir uns auch in den nächsten Wochen vehement wehren. Am 27. November kommt die ungerechte Vermögenssteuer-Vorlage zur Abstimmung. Für ein klares Nein braucht es das Engagement von uns allen. Dabei geht es um weit mehr als die vorliegenden neuen Steuerprivilegien, denn die Regierung plant schon heute die nächste Vermögenssteuersenkung für Multimillionär:innen. Machen wir ihr ein für alle Mal klar: Schluss mit Steuerpolitik für die Reichsten!

AUSSCHREIBUNG BILDUNGSRAT

Für die Amtsperiode vom 1. August 2023 bis 31. Juli 2027 kann die SP Baselland jemanden für den Bildungsrat vorschlagen. Der Bildungsrat besteht aus 12 Mitgliedern (3 Vertreter:innen der Lehrer:innenkonferenz, je 2 Vertreter:innen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen sowie je einer Vertretung der Parteien mit den fünf grössten Fraktionen im Landrat) und trifft sich einmal im Monat am Mittwochnachmittag sowie zusätzlich an zwei ganzen Tagen pro Jahr. Der Bildungsrat nimmt zu allen wichtigen Fragen im Bildungswesen Stellung. Interessierte melden sich bis Mitte Oktober beim Sekretariat (info@sp-bl.ch).

NACHHALTIGKEITSPOLITIK

Business as usual auf Kosten der Welt

Die UNO-Mitgliedsstaaten haben sich dazu verpflichtet, bis 2030 Armut und Hunger zu besiegen, Klima und Biodiversität zu schützen sowie eine friedliche, gleichberechtigte Welt zu schaffen. Die Mehrheiten in Bundesrat und Parlament zeigen sich allerdings unwillig, die dafür nötigen politischen Veränderungen anzugehen.

Mit Blick auf die verschiedenen Krisen zu Beginn des 21. Jahrhunderts hat sich die Weltgemeinschaft mit der Agenda 2030 der kraftvollen Vision einer Zukunft ohne Armut und Hunger verschrieben. Eine Zukunft, in der die Biodiversität erhalten und gefördert wird, und wir die Klimakrise bewältigen können, Ungleichheiten angegangen und die planetaren Belastungsgrenzen eingehalten werden. Diese Vision wird in den 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung («sustainable development goals» SDG) der UNO festgehalten.

Sieben Jahre nach deren Verabschiedung zeigt der Zwischenbericht des UNO-Generalsekretärs auf, dass die Welt in Sachen Zielerreichung nicht auf Kurs ist. Die Corona-Pandemie, der Krieg in der Ukraine und Folgekrisen wie Hunger führen im Gegenteil dazu, dass sich die Situation bei vielen Zielen weltweit verschlechtert.

Wasserverbrauch korrekt gerechnet: 14 000 Liter täglich

Auch die Schweiz ist nicht auf Kurs, wenn sie die 17 UNO-Ziele bis 2030 erreichen will. Dies zeigt der zivilgesellschaftliche Bericht der Plattform Agenda 2030. Wir verbrauchen viel zu viele Ressourcen. Da wir über 60 Prozent unserer Konsumgüter importieren, fallen riesige Kosten für Umwelt und Menschen im Ausland an. Während wir gemäss Bundesamt für Statistik unseren Wasserkonsum im Inland auf knapp 300 Liter pro Person und Tag senken konnten, steigt der konsumbasierte Wasserverbrauch im Ausland weiter an. Schätzungen des Bundesamts für Umwelt zufolge liegt er pro Person bei 14 000 Litern täglich!

Doch der Bundesrat hat bislang keine Strategie vorgelegt, um die notwendige Transformation hin zu einer Wirtschaft zu bewältigen, die



Eva Schmassmann, Geschäftsführerin der Plattform Agenda 2030

die planetaren Grenzen respektiert. Weltweit und in der Schweiz können Menschen ihre Grundrechte nicht wahrnehmen, und Hunger und Armut nehmen zu.

Wahlen 2023 als Chance

Um dem «Business as usual» zu entkommen und eine umfassende Politik für mehr Nachhaltigkeit zu ermöglichen, brauchen wir im Parlament und im Bundesrat neue Mehrheiten. Die Herausforderungen sind gross: Gefragt ist eine Strategie, die aufzeigt, wie die Armut in der

Schweiz bis 2030 halbiert werden kann. Oder ein ambitionierter Aktionsplan Biodiversität, der genügend Mittel zur Verfügung stellt, damit sich der Artenverlust stoppen lässt. Notwendig sind auch Vorgaben an die Adresse des Finanzmarkts, damit Investitionen zum Schutz der Biodiversität und der Menschenrechte beitragen, sowie ein verstärktes Engagement gegen die Militarisierung und für mehr Sicherheit auf der ganzen Welt.

In einem Jahr haben wir die Möglichkeit, unser Parlament neu zu wählen. Packen wir diese Chance und sorgen wir für den notwendigen Personalwechsel im Bundeshaus. Und damit für eine neue Nachhaltigkeitspolitik der Schweiz.

→ plattformagenda2030.ch

Zum ausführlichen Bericht der Plattform Agenda2030



Die Autor:innen des Berichts zur Agenda 2030 vor dem Bundeshaus.

Freizeit auf Sozialdemokratisch

Endlich Ferien! Vier Wochen stehen allen zu, manchmal sind es fünf oder sogar sechs. Diese musste die Arbeiter:innenbewegung hart erkämpfen, wie überhaupt Freizeit, Bildung und ein Leben in Würde. Während die Gewerkschaften in der Zwischenzeit ihre Hotels grösstenteils verkauft haben (siehe Text rechts), sind andere Formen der Ferien- und Freizeitgestaltung, die aus der Arbeiterbewegung hervorgingen, aus dem heutigen Leben kaum mehr wegzudenken: beispielsweise die Naturfreunde, die heute allein in der Schweiz 13 000 Mitglieder zählen.

In Wien Ende des 19. Jahrhunderts gegründet, fasste der Verein der Naturfreunde binnen Kurzem auch in der Schweiz Fuss. 1905 gründeten junge Arbeiter und Handwerker erste Naturfreunde-Sektionen und bauten bald darauf ihre erste Hütte. Bis in die 1950er-Jahre etablierten sich die Naturfreunde als linke Kultur- und Freizeitbewegung. Ihre Hauptaufgabe war, all jenen Zugang zu Freizeit, Sport und Tourismus zu verschaffen, die dies allein nicht vermochten. Zentral waren Werte wie Selbsthilfe, das Lernen von und in der Natur sowie die Stärkung von Körper und Geist. Später öff-

neten sich die Naturfreunde breiteren Bevölkerungsschichten.

Naturfreunde-Häuser für alle

Das sozialdemokratische Erbe klingt bis heute nach: Die Naturfreunde verstehen sich heute als Umweltverband, der den sozial gerechten, erschwinglichen und ökologisch vertretbaren Tourismus fördert. Aus dem ersten Haus am Säntis sind heute rund 80 Naturfreundehäuser in der ganzen Schweiz geworden, die auch Nicht-Mitgliedern offenstehen. Einige sind typische Selbstversorger-Häuser und eignen sich daher für Gruppen und Familien. Andere wiederum sind bewirtschaftet und bieten den Gästen einen umfassenden Service.

Was die Mitglieder verbindet, ist das gemeinsame Naturerlebnis und der Schutz der Natur – ob sie nun klettern, wandern, Skitouren unternehmen oder sich in Kursen weiterbilden. «Mit den Naturfreund:innen kann man was erleben», preist sich die Organisation auf ihrer Website an. Freizeit und Ferien, auch in sozialdemokratischer Tradition.

→ www.naturfreunde.ch

BUCHBESPRECHUNG

Von Arbeiterferien und Arbeiter:innenhotels

Die imposanten Hotelkästen stehen an den eindrucklichsten Berghängen und Seen der Schweiz, am Vierwaldstättersee, im Berner Oberland, im Tessin oder am Lac Léman. Es handelt sich dabei um ehemalige Gewerkschaftshotels. Sie zeugen vom erfolgreichen Kampf der mehrheitlich städtisch geprägten Arbeiter:innenbewegung um Freitage, bezahlte Ferien und ein würdiges Leben. Sie sind ein Triumph der Gewerkschaften, die zwischen den 1930er- und den 1960er-Jahren fast alle ein eigenes Hotel kauften oder bauten. Meistens, sobald die Mitglieder endlich ein paar Ferientage zugestanden erhalten hatten. Auch jene Leute, die wenig verdienten, sollten an einem attraktiven Ort zu möglichst günstigen Preisen Ferien verbringen können.

2015 verkaufte die Unia die meisten Hotels und Kurszentren. Das Buch «Vorwärts zum Genuss» erzählt aus der Geschichte der Schweizer Arbeiter:innenhotels, von ihrem Entstehen als kollektive idealistische Projekte in der Zeit der geistigen Landesverteidigung bis zu ihrem Verschwinden in der Zeit der Globalisierung. Es erzählt vom langen Kampf um die Ferien und ums schöne Leben. Von Fleiss und Erholung, von Arbeit, Faulheit und Genuss.

Auch das Lesen ist ein Genuss: Renommierete Schriftsteller:innen statteten den Hotels einen Abschiedsbesuch ab und beschreiben ein letztes Mal die Schönheit und die Hintergründe der Bauten. Der Historiker Stefan Keller rollt die Geschichte der Arbeiterferien auf. In der Pionierzeit des Tourismus war das Reisen der Oberschicht vorbehalten, während Arbeiter:innen und Arme 15 Stunden pro Tag schufteten. Detailreich lässt Keller die Geschichte Revue passieren und macht den Leser:innen mit jeder Zeile bewusst, dass sich der Einsatz für ein würdiges Leben und Ferien auch heute lohnt. Ab in die Ferien – und nehmt ein Buch mit!

ANZEIGE

GROUPS.SWISS



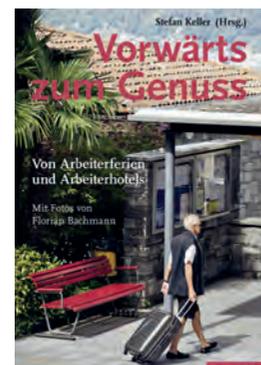
GROUPS
DAS ZUHAUSE FÜR GRUPPEN

www.groups.swiss



800 Ferienhäuser und Hotels in Europa für Gruppen und Familien, Freizeit und Kurse

Groups AG · Spitzackerstrasse 19 · CH-4410 Liestal · +41 (0)61 926 60 00



«Vorwärts zum Genuss», herausgegeben von Stefan Keller, erhältlich online oder in deiner Lieblingsbuchhandlung.



Margrith Bigler-Eggenberger an der SP-Feier zu 40 Jahren Frauenstimmrecht.

Für eine Justitia, die hinschaut

Anfang September verstarb Margrith Bigler-Eggenberger, die erste Bundesrichterin der Schweiz. Sie setzte sich zeitlebens für soziale Gerechtigkeit und die Gleichstellung von Frau und Mann ein. Susanne Leuzinger, Bundesrichterin von 1996–2015

Margrith Bigler-Eggenberger, 1933 in Uzwil geboren, kam aus einem politischen Elternhaus: Beide Eltern waren engagierte SP-Mitglieder, die während des Zweiten Weltkriegs Flüchtlinge beherbergten. Prägend war auch die Erinnerung, wie ihre verwitwete Grossmutter 1948 erstmals die AHV-Rente erhielt. Dass sie, anders als ihr Bruder, weder wählen noch abstimmen durfte, wollte Margrith nicht akzeptieren. Diese Erlebnisse weckten früh ihr Interesse für soziale Anliegen und Gerechtigkeit, weshalb sie in Genf und Zürich Rechtswissenschaften studierte und das Studium 1959 mit einer Dissertation abschloss.

Im gleichen Jahr heiratete sie Kurt Bigler. Für die Zulassung zur Anwaltsprüfung 1961 in ihrem Herkunftskanton St. Gallen benötigte sie eine Ausnahmegewilligung, weil sie mit ihrem Ehemann im Kanton Bern lebte und durch die Heirat das St. Galler Bürgerrecht verloren hatte. Während des Gerichtspraktikums in Erlach erhielt sie keinen Lohn. Dies mit der Begründung, ihr Mann verdiene ja genug. Später war es ihr als verheirateter Frau in Biel und Solothurn nicht möglich, eine Festanstellung als Gerichtsschreiberin zu erlangen. Anwaltspraxis erwarb sie daher im Bieler Anwaltsbüro von Verena Jost, einer engagierten älteren Kollegin aus der

SP. Nicht zuletzt diese Erfahrungen begründeten ihren lebenslangen Einsatz für die Gleichstellung von Frau und Mann.

Harter Einstieg am Bundesgericht

Ein Schwerpunkt ihrer Tätigkeit lag im Sozialversicherungsrecht. 1966 ernannte sie der Sankt Galler Regierungsrat zur Richterin am neu geschaffenen kantonalen Sozialversicherungsgericht. Die Wahl an ein Straf- oder Zivilgericht war Frauen damals noch verschlossen. Von der Handelshochschule (heute: Universität) St. Gallen wurde sie zur ersten Lehrbeauftragten berufen. Sie wurde zudem Verwaltungsrätin der SUVA und als Vertreterin des Bunds Schweizerischer Frauenorganisationen Mitglied der Eidgenössischen AHV-/IV-Kommission. Nach der Einführung des Frauenstimmrechts, wofür sich Margrith Bigler 1959 und 1971 mit aller Kraft eingesetzt hatte, wurde sie 1972 in den Grossen Rat des Kantons Sankt Gallen gewählt.

Im gleichen Jahr wurde Margrith Bigler-Eggenberger zur nebenamtlichen Bundesrichterin und 1974 zur ersten ordentlichen Bundesrichterin gewählt. Ihr Einstieg am Bundesgericht war nicht einfach, denn einige Bundesrichter – zum Glück nicht alle – konnten sich kaum vom traditionellen

Richterbild lösen. Sie wirkte an bedeutenden Grundsatzfällen mit, so beim ersten Lohngleichheitsprozess 1977, bei der Feststellung, dass Prostituierte sich auf die Wirtschaftsfreiheit berufen können, bei der Pflicht zur Berücksichtigung der sozialen Absicherung im Scheidungsprozess und bei der Berechnung eines Stundenlohns für Hausarbeiten in Schadenersatzprozessen. Sie wünschte sich nicht eine Justitia mit verbundenen Augen, sondern eine sehende Justitia, die die Augen vor der Wirklichkeit der Frauen und Männer nicht verschliesst.

Unterstützung junger Juristinnen

Auch nach ihrem Rücktritt als Bundesrichterin im Jahr 1994 verfolgte sie in wissenschaftlichen Publikationen «ihre» Themen weiter. Sie durfte mit Genugtuung feststellen, dass viele ihrer Postulate im Lauf ihres Lebens politische Mehrheiten fanden. Mit Rat und Tat unterstützte sie verschiedene Organisationen jüngerer Juristinnen, so die Juristinnen Schweiz und die Stiftung FRI – Institut für feministische Rechtswissenschaft und Gender Law. Zum Gedenken an ihren Ehemann Kurt Bigler, der den Holocaust überlebt hatte, stiftete sie den Dr. Kurt Bigler/Bernheimer-Preis gegen Rassismus und Antisemitismus. Mit ihrer kenntnisreichen, engagierten und doch bescheidenen Art war sie vielen Menschen ein Vorbild. Am 5. September ist Margrith Bigler-Eggenberger im Alter von 89 Jahren in St. Gallen gestorben.

Kreativität schlägt Fleischersatz



Montiz Hager

Nachhaltige Küche muss nicht teuer sein. Feine vegetarische Menus gibt es sogar in Zürich für unter 20 Franken, zum Beispiel im Kulturmarkt in Zürich-Wiedikon. Küchenchef Helge Jantzen erzählt, wo er in der Klima-Küche die Prioritäten setzt. Pia Wildberger

Im Zürcher Kulturmarkt isst es sich nicht nur nachhaltig und günstig, sondern auch besonders fein. Wenn Küchenchef Helge Jantzen die Quark-Gnocchi auf das Tagesmenu setzt, ist der letzte Platz im Foyer des Restaurants besetzt. Auch der vegetarische Wild-Teller mit selbstgemachten Spätzli, karamellisierten Äpfeln und Marroni sowie Preiselbeeren, Pilzen und Rotkraut lockt viele Mittagsgäste in das soziale Kulturlokal. Der Links-Redaktion tischt der erfahrene Koch fein gewürztes Ofengemüse auf, das auf der Zunge zergeht. Die selbstgemachten blauen Süsskartoffelchips zum Klacks Sauerrahm sind das gewisse Extra obendrauf.

Im Gespräch wird rasch klar, wo Helge Jantzen gute Küche und Klima-Nachhaltigkeit verortet: «Wir kochen konsequent saisonal, mit Zutaten aus der Region und ohne Fertigprodukte.» Das schliesst auch Fleisch-Ersatzstücke wie Planted Chicken aus. «Gute Klima-Küche braucht keinen Ersatz, sondern Kreativität», ist Helge Jantzen überzeugt. Die stellt er mit seinem Küchenteam täglich unter

Beweis. «Wir versuchen, die Lebensmittel so natürlich wie möglich zu belassen.»

Zudem: Planted Chicken wird von Hand am Fliessband hergestellt. «Niemand sollte so arbeiten müssen», sagt Helge Jantzen, der nicht von ungefähr SP-Mitglied ist. Er erwartet, dass sich «die Partei für uns Arbeitnehmer mit kleinem Budget einsetzt». Die Kaufkraft-Debatte verfolgt er genau.

Wie die Currywurst

Die Arbeit in der Küche hat Helge Jantzen von der Pike auf gelernt: Nach der Lehre im Restaurant des KaDeWe in Berlin Ende der 80er-Jahre kochte er in verschiedenen Kneipen in Berlin-Kreuzberg. Als ihm die Gentrifizierung des Stadtteils zu viel wurde, zog er vor bald 20 Jahren in die Schweiz.

Seine Küche hat er in all den Jahren immer wieder den Bedürfnissen angepasst. Berliner Currywurst kommt seltener auf den Tisch. Doch wenn er für 80 Mittagsgäste frische Gnocchi auf den Tisch zaubert, dann kommt das Currywurst-Verfahren zur Anwendung:

Er spritzt den Teig mit dem Spritzsack ins heisse Salzwasser, sodass sich eine Wurst bildet. Die Gnocchi werden erst nachher mit einer Gabel geschnitten.

Da bleibt nur noch zu sagen: Mahlzeit! Oder doch eher «buon appetito»? Auf jeden Fall: En Guete!

DAS MENÜ DER ZUKUNFT

Essen ist politisch. Die Art und Weise, wie wir uns ernähren, ist für rund einen Drittel der Treibhausgas-Emissionen verantwortlich. Für unseren Fleischkonsum wird Regenwald abgeholzt und Soja angebaut, das den Tieren als Kraftfutter verfüttert wird. Ausserdem landet ein Teil der Ernte im Abfall. Am meisten Food-Waste fällt in Privathaushalten an.

Dagegen lässt sich etwas tun. Was sollen wir essen und wie können wir kochen, damit wir unseren CO₂-Ausstoss reduzieren? Renommierte Köchinnen und Köche stellen in dieser Serie eines ihrer nachhaltigen Lieblingsrezepte vor.



Ofengemüse mit Süsskartoffelchips

Zutaten für 4 Personen

- 2 Süsskartoffeln
- 1 mittlere Zucchini
- 1 Blumenkohl
- 2 Fenchel
- 1 Kürbis (Knirps)
- Olivenöl
- Rohrzucker
- Nach Belieben Knoblauch, Sternanis, Zimt, Bio-Zitrone und Bio-Orange
- 1 kleiner Becher Sauerrahm

Zubereitung

1. Zucchini und Blumenkohl grob zerteilen. Kürbis halbieren, entkernen und in Halbmonde schneiden. Stiel des Fenchels entfernen und vierteln. Süsskartoffeln schälen und grob zerteilen. Gemüse waschen.
2. Olivenöl, Salz, Pfeffer und etwas braunen Rohrzucker in einer Schüssel vermengen. Eine Gemüsesorte nach der anderen darin schwenken. Ofen auf 200 Grad vorheizen.
3. Nach Belieben aromatisieren, zum Beispiel Süsskartoffeln mit Sternanis, Zimtrinde und Orangenzesten. Oder Blumenkohl mit Knoblauch und Zitronenzesten.
4. Süsskartoffeln mit Backpapier oder Alufolie zu einem Päckchen wickeln, auf einem Blech in den vorgewärmten Ofen schieben.
5. Die übrigen Gemüse auf einem Backblech mit Backpapier verteilen. Nach 15 Minuten zu den Süsskartoffeln in den Ofen geben und 45 Minuten im Ofen garen.

Anrichten mit Sauerrahm, glattem Peterli und Süsskartoffelchips. En Guete!

Süsskartoffelchips

Süsskartoffel mit dem Gemüsehobel in 1 mm dünne Scheiben schneiden. Rapsöl in Bratpfanne oder Fritteuse auf 150 Grad erwärmen. Die Temperatur mit Fleisch-Thermometer kontrollieren. Süsskartoffeln in kleinen Portionen ein paar Minuten lang goldbraun frittieren.

Die Gemüseabschnitte eignen sich übrigens für eine Gemüsebrühe, die für den nächsten Tag vorbereitet werden kann, während das Gemüse im Ofen schmort.

Kein Atommüll-Endlager ohne definitiven Atomausstieg

Nördlich Lägern, in der Gegend Stadel (ZH) sowie in mehreren angrenzenden Aargauer Gemeinden, glaubt die Nagra den geeigneten Standort für ein Atommüll-Endlager gefunden zu haben. Zweifel sind angebracht.



Martina Munz,
Nationalrätin SH

Die Schweiz hat mit ihren fünf Atomkraftwerken in den letzten Jahrzehnten viel hochradioaktiven Abfall produziert. Die Bevölkerung ist bereit, aufzuräumen und den Atommüll am sichersten Ort zu entsorgen. Dies jedoch nur, wenn den Atomkraftwerken endgültig der Stecker gezogen und nicht weiter neuer Atommüll produziert wird. Die Akzeptanz eines Atommüll-lagers hängt direkt von einem glaubwürdigen Versprechen zum Atomausstieg ab.

Für den Atommüll hat die Nagra noch keine echte Lösung. Sie schlägt lediglich eine Deponie im tiefen Untergrund vor. Der Müll muss während einer Million Jahre von der Biosphäre ferngehalten werden. So weit sind wir noch nicht: Weltweit ist noch kein Lager für hochradioaktiven Abfall in Betrieb. Sicher ist nur das Risiko.

Standortentscheid mit zu vielen Fragezeichen

Zahlreiche Genoss:innen haben sich zusammen mit anderen in den Widerstandsorganisationen KLAR!SCHWEIZ (Kein Leben mit atomaren Risiken), LoTi (Lägern ohne Tiefenlager) und KAIB (Kein Atommüll im Bözberg) organisiert und in den Regionalkonferenzen viel Fachwissen aufgebaut. Gemeinsam sind wir der Meinung, dass der Standortentscheid zu früh kommt und zu viele Fragen unabhängig vom Lagerort noch ungeklärt sind.

- Es gibt kein echtes Rückholbarkeitskonzept, obwohl dies eine der wichtigsten Forderungen der Bevölkerung ist. Was

passieren würde, wenn es zu einem Leck käme, ist ungeklärt.

- Nutzungskonflikte werden wissenschaftlich nicht untersucht. Sauberes Trinkwasser ist unsere Lebensgrundlage. Das Tiefengrundwasser ist eine strategische Trinkwasserreserve, ein Schutzkonzept für diese Reserve fehlt jedoch.
- Warum bestehen keine verbindlichen Kriterien für den Projektabbruch? Was, wenn etwas schief läuft? Wer kann das Projekt stoppen?
- Warum kümmert sich niemand um die gefährliche Niedrigstrahlung, die über lange Zeiträume aus einem solchen Lager austritt?
- Warum bestehen noch Wissenslücken zu den Lager- und Behälterkonzepten? Gibt es Materialien, die die geplanten Zeiträume überdauern?
- Warum fehlen Konzepte für eine Langzeitüberwachung? Wie sollen in einem verschlossenen Atommülllager Sonden ersetzt werden?

Demokratische Mitbestimmung für unsere Sicherheit

Das grösste Problem aber besteht im Demokratiedefizit. Die demokratische Mitsprache der Bevölkerung wurde abgeschafft, nachdem die Menschen im Kanton Nidwalden zwei Mal Nein zum Wellenberg gesagt hatten. Der Standort würde heute nicht mehr als sicher eingestuft. Die demokratische Mitbestimmung ist der Garant für ein funktionierendes Projekt. Nur wenn die Bevölkerung auf ihre Fragen befriedigende Antworten erhält, lässt sie sich überzeugen.

Ein Atommülllager gegen den Willen der lokalen Bevölkerung zu bauen – das darf nicht sein! Wir fordern darum eine echte Mitsprache der Bevölkerung.





Fragen an **Norma Berchtold**

aus Ried-Mörel, Oberwallis

Warum bist du der SP beigetreten?

Ich nahm letztes Jahr an der Frauensession teil. Als mich eine Kollegin fragte, ob ich nicht beitreten wolle, war der Fall klar. Die SP ist für mich in allen sozialen, umweltpolitischen und gesellschaftlichen Fragen die Partei, von der ich mich am besten vertreten fühle.

Kannst du dir vorstellen, ein Amt zu übernehmen?

Ich schliesse es nicht aus. Aber ich mag es nicht, in eine Schublade gesteckt zu werden. Im ländlichen Oberwallis erhält man als Linke sofort einen Stempel aufgedrückt, und gewisse Leute hören einem gar nicht mehr zu. Ich versuche, über Grenzen hinaus zu denken, offen zu sein und mit anderen zusammenzuarbeiten. Auch wenn ich weiss, dass viele meine Ansichten nicht teilen, so ist es mir doch wichtig, den Konsens zu suchen und einander zu verstehen.

Was ist von der Frauensession geblieben?

Die Frauensession war fantastisch. Parteiübergreifend versuchten wir, gesamtgesellschaftliche Veränderungen anzustossen. Ich konnte mich kantonale und national vernetzen. Seither organisierten wir im Wallis zwei Anlässe und versuchen, unsere Anliegen in die Medien zu bringen. Persönlich engagiere ich mich seither vor allem für die sexuelle Bildung und für die Revision des Sexualstrafrechts: Nur Ja heisst Ja! Aus der Frauensession ergab sich nicht zuletzt, dass ich auf der Riederalp die 1.-August-Rede halten durfte.

Was machst du beruflich?

Ich bin Sozialpädagogin und arbeite mit Menschen mit einer kognitiven Beeinträchtigung. Ich wünsche mir von der SP darum auch mehr Einsatz für solche Menschen. Sie sollten besseren Zugang zu Politik haben und sich selbst im Parlament vertreten können.

In deiner Nachbargemeinde, in Grenchols, ist ein Solarkraftwerk geplant.

Wie stehst du dazu?

Die Anlage ist auf einem wunderschönen Pass vis-à-vis von meinem Wohnort geplant. Ich werde mich nicht über den Anblick freuen, aber als Alternative zu Kohlekraft und Atomkraft ist dies für mich ein möglicher Standort. Wir müssen die nachhaltigsten ökologischen Technologien nutzen, die uns zur Verfügung stehen. Aber zuerst sollten wir alle Flächen nutzen, die wir der Natur bereits weggenommen haben: Dächer, Parkplatzanlagen, Güterbahnhöfe und so weiter.

BUCHBESPRECHUNG

Der Berg, der Menschen frisst

Unser Hunger nach Rohstoffen aller Art ist unersättlich. Doch woher kommen beispielsweise Blei, Zink oder Silber? Unter welchen Bedingungen werden sie gefördert? Was geschieht mit der Umwelt? Der renommierte Investigativjournalist Ander Izagirre hat sich in Bolivien unter die Bergleute gemischt, wo der rohstoffreiche Berg Cerro Rico de Potosí Teil einer globalen Kette bildet, die aussergewöhnlichen Reichtum mit bitterster Armut verbindet.

Am Anfang der Kette steht ein vierzehnjähriges Mädchen, das in einer Silbermine arbeitet. Für zwei Euro pro Nacht schiebt die Halbwaise Alicia einen Wagen voller Steine durch die unterirdischen Stollen, um die Familie mitzuer nähren. Der giftige Staub der Mine schwebt in der Luft, die sie einatmet, und sickert ins Wasser, das sie trinkt.

Anhand von Alicia, ihrer Familie und des Ortes, an dem sie lebt, erzählt Ander Izagirre einfühlsam und spannend die Geschichte des «Rohstoffsegens» in Bolivien: von den Conquistadores, die Mineralien in Sklavenarbeit abbauen liessen, über den Aufstieg einer lokalen Oligarchie im 19. Jahrhundert bis hin zu einer Reihe von Militärdiktaturen, oft installiert mithilfe der USA, um die Rohstoffversorgung des Nordens zu sichern. Izagirre zeigt, wie die Arbeitsbedingungen und fehlende Sicherheitsvorkehrungen in den Minen ein patriarchalisches Gesellschaftssystem hervorgebracht haben, in dem traumatisierte und durch Alkohol betäubte Bergleute erlittene Gewalt an Ehefrauen und Kinder weitergeben.

Das Ergebnis ist eine sehr lesenswerte, fesselnde Mischung aus Memoiren, Reportagen, Reiseberichten und historischen Texten, die an die Sozialreportagen von Ryszard Kapuscinski erinnert.



«Der Berg, der Menschen frisst», von Ander Izagirre, erschienen im Rotpunkt-Verlag, erhältlich online oder in deiner Lieblingsbuchhandlung.

MOVENDO

Das Bildungsinstitut der Gewerkschaften

MOVENDO-KURSE 2023: JETZT BUCHEN!

Das gewerkschaftliche Bildungsinstitut Movendo ist nach der Pandemie wieder schwungvoll gestartet, im laufenden Jahr ist die Nachfrage nach Weiterbildung deutlich angestiegen. Am 10. Oktober erscheint das neue

Kursprogramm, auf *movendo.ch* können dann bereits Kurse für das ganze Jahr 2023 gebucht werden. Bewährtes weiterentwickeln, Neues ausprobieren: Das Programm 2023 umfasst ein vielfältiges Angebot zu Wirtschaft

und Politik, Arbeit und Recht, Kommunikation und Lebensgestaltung, Informatik und praktischen Arbeitsinstrumenten. Neu im Programm sind beispielsweise ein Kurs zur persönlichen Arbeitsmarktfähigkeit oder ein Angebot zur Erwerbsarbeit und Rentenplanung für Frauen. Zudem werden auch unter dem Jahr weiterhin verschiedene Gratis-Webinare angeboten. Movendo-Kurse stehen allen Interessierten offen. Einige Angebote richten sich spezifisch an Personalvertretungen, Vertrauensleute und Stiftungsräte. Die Trägergewerkschaften übernehmen für ihre Mitglieder die Kosten für mindestens einen Kurs pro Jahr.

Anmeldung unter:
www.movendo.ch
per Mail info@movendo.ch
oder Telefon 031 370 00 70.



MOVENDO Das Bildungsinstitut der Gewerkschaften
L'Institut de formation des syndicats
L'Istituto di formazione dei sindacati

Jetzt weiterbilden? Aber sicher!
La formation continue maintenant et plus que jamais!

movendo.ch Entdecken Sie unsere Webinare
Découvrez nos webinaires

AGENDA 2022

7. OKTOBER 2022
Parteirat (online)

22. OKTOBER 2022
Mitgliederversammlung
SP Frauen in Bern

26. OKTOBER 2022
Europa-Anlass, Verein Sektion.eu,
in Olten

Jetzt anmelden!

29./30. OKTOBER 2022
Parteitag in Basel

5. NOVEMBER 2022
Delegiertenkonferenz
SP Migrant:innen in Bern

5./6. NOVEMBER 2022
Vernetzungs- und Bildungs-
Weekend SP Frauen

11. NOVEMBER 2022
Parteirat in Bellinzona

10. JANUAR 2023
Delegiertenversammlung
der SP60+

Aktuelle Infos unter
www.spschweiz.ch/agenda

ANNY KLAWA-MORF

Stiftung Fondation Fondazione

Gespräch mit Robert Misik: Fortschritt für alle? Wege aus der politischen und gesellschaftlichen Stagnation

Am Vorabend des Parteitags der SP Schweiz in Basel reden wir mit Robert Misik über seine kürzlich erschienenen, wegweisenden Bücher «Die falschen Freunde der einfachen Leute» und «Das grosse Beginnergefühl – Moderne, Zeitgeist, Revolution». Moderiert wird das Gespräch von Olga Baranova, Geschäftsführerin von CH++.

Freitag, 28. Oktober 2022,
19–20.30 Uhr, Turmzimmer,
kHaus, Basel

Buchvorstellung «Wählerschaft und Perspektiven der Sozial- demokratie in der Schweiz»

Wer wählt heute in der Schweiz sozialdemokratisch und warum? Wer wählt die SP Schweiz nicht oder nicht mehr? Wen spricht sie mit ihrem inhaltlichen Profil an? Und wo liegt das strategische elektorale Potenzial der Schweizer Sozialdemokratie? Antworten auf diese Fragen finden sich im Buch «Wählerschaft und Perspektiven der Sozialdemokratie in der Schweiz». Die Autor:innen um Prof. Silja Häusermann geben einen Einblick in ihre Erkenntnisse, es besteht die Möglichkeit für Fragen und Diskussion.

Dienstag, 15. November 2022,
18.30–20.30 Uhr, Zürich

Seminar «Grundlagen und Ge- schichte der Sozialdemokratie»

Am eintägigen Grundlagenseminar lernen Teilnehmende die Grundlagen und Geschichte der Sozialdemokratie kennen und untersuchen an konkreten Beispielen, was die Herausforderungen und Perspektiven der Sozialdemokratie im 21. Jahrhundert sind.

Samstag, 3. Dezember 2022,
9–18 Uhr, St. Gallen



Anmeldung unter
www.anny-klawa-morf.ch/veranstaltungen
oder per Mail
an info@anny-klawa-morf.ch

ZEITENWENDE IN EUROPA

Schriftsteller Jonas Lüscher und alt Nationalratspräsidentin Gret Haller, beide Gründungsmitglieder des SP-nahen Vereins «Sektion EU», treffen sich im Bahnhofbuffet Olten zum öffentlichen Gespräch über die sicherheits- und geopolitische Zeitenwende in Europa. Die beiden gehen dabei von den Thesen von Klaus von Dohnanyi aus, der seine Analysen Anfang 2022 in einem Buch publizierte und darin mehr Distanz zu den USA forderte. Vor dem Hintergrund des russischen Einmarschs in die Ukraine erörtern die beiden Gesprächspartner nun die geopolitischen Umwälzungen in neuem Licht.

26. Oktober 2022, 18.15 Uhr,
im Bahnhofbuffet Olten,
Apéro nach der Veranstaltung



SNIB

INITIATIVE

**UNTER-
SCHRIFTEN-
KARTE IN DER
HEFTMITTE**